

Bahnausbau heißt jetzt Baden 21

11.06.2007 00:00 von Bi-Bahntrasse

Bahnausbau heißt jetzt Baden 21

Bürgerinitiativen in Südbaden rücken enger zusammen und erhöhen den Druck auf die Politik

Die Bahnprotestler am südlichen Oberrhein rücken zusammen, diskutieren über eine »Konsenstrasse« und haben die Ausbaupläne für die Rheintalbahn in »Baden 21« umgetauft, um im politischen Raum nicht von »Stuttgart 21« überfahren zu werden.

VON KARL-HEINZ ZURBONSEN

Hartheim. Die Interessengemeinschaft Bahnprotest am Ober- und Hochrhein (IG Bohr) hat angekündigt, dass die Bürgerinitiativen (BIs) künftig nur noch mit einer Stimme sprechen wollten. Auf diese Weise könnten sie sich mit ihren Forderungen mehr Gehör bei Bund und Bahn verschaffen, sagte der Sprecher der BIs, Roland Diehl, bei der Vorstellung der Pläne gestern in Hartheim (Kreis Breisgau-Hochschwarzwald). »Wir werden besser wahrgenommen und können uns eher politisch durchsetzen.« Die IG Bohr will sich schon in den nächsten Tagen auf einen gemeinsamen Trassenvorschlag zum Ausbau des dritten und vierten Gleises der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Basel einigen. Der nicht von allen Gemeinden abgesegnete Vorschlag sieht die Untertunnelung Offenburgs und eine Streckenführung weitgehend in Tieflage entlang der bestehenden Autobahn vor. Wie die IG Bohr mitteilte, herrsche Konsens unter den Gemeinden zwischen Riegel am Kaiserstuhl und Hügelsheim im Markgräflerland. Von der Forderung nach großen Tunnellösungen wurde zugunsten einer lärmgeminderten Trasse in Tieflage endgültig Abstand genommen.

Schwieriger ist die Einigung im nördlichen Breisgau und in der Ortenau. Die IG Bohr blieb dennoch zuversichtlich. Sie kündigte an, dass sich die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden zwischen Riegel und Offenburg am 13. Juni in Offenburg treffen würden, um sich auf die Konsenstrasse durch die Landkreise Emmendingen und Ortenau zu einigen. Es gebe jedoch in Hohberg, Friesenheim und Meißenheim Widerstand gegen die Kompromisstrasse, die dadurch jedoch im Gesamtinteresse nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfe.

Eine Milliarde Euro mehr

Die Bürgerinitiativen intensivieren überdies ihre Überzeugungsarbeit bei Landes- und Bundespolitikern, denen klargemacht werden soll, dass sie rund eine Milliarde Euro mehr für die Verwirklichung der Pläne zur Verfügung stellen müssen. »Wir werden deshalb den Druck auf Politik und Bahn nochmals verstärken, damit wir unser Ziel einer menschen- und umweltfreundlichen Trasse zwischen Hügelsheim und Offenburg erreichen«, so Diehl.

Die IG Bohr warnte die Bahnanlieger davor, sich mit dem Versprechen von »leisen Güterzügen« abspeisen zu lassen. »Was uns einzig hilft, ist eine Verlegung der Trasse aus den Siedlungsgebieten heraus«, betonte Diehl. Er empfahl den Bürgern, ihren Widerstand gegen die Bahnpläne mit weiteren Protesten zu unterstützen.

